



VERANTWORTLICHE STELLE FÜR DIE DATENVERARBEITUNG:

Klinikum Wilhelmshaven gGmbH
Friedrich-Paffrath-Straße 100
26389 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 - 89 1001
Fax: 04421 - 89 1998

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter Klinikum Wilhelmshaven gGmbH
Telefon: 04421 / 89-1012
Email: datenschutz@klinikum-whv.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Schutz vor Einbrüchen in Fahrzeuge, Verhinderung und Nachverfolgung von Unfallflucht, Diebstählen, Aufbruch von Kassenautomaten, Vandalismus (Eigentumsschutz) oder Übergriffen (Personenschutz)
Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO

berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Schutz vor Einbrüchen in Fahrzeuge, Verhinderung und Nachverfolgung von Unfallflucht, Diebstählen, Aufbruch von Kassenautomaten, Vandalismus (Eigentumsschutz) oder Übergriffen (Personenschutz)
Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

72 Stunden

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet):

Einsicht in die Aufnahmen nur durch Strafverfolgungsbehörden.
Sicherung der Daten erfolgt nur auf Anweisung der Strafverfolgungsbehörden

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

Zuständige Aufsichtsbehörde: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen